



Der Sturz der Mittelmächte

Nowak, Karl Friedrich

München, 1921

III. Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag
am 24. Juni 1918

[urn:nbn:de:hbz:466:1-84190](#)

III.

Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag am 24. Juni 1918.

Nach dem amtlichen Reichstagsbericht über die „179. Sitzung“:

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann.

Dr. v. Kühlmann, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, der feststehenden parlamentarischen Sitte folgend werde ich die Ehre haben, Ihnen über die Gesamtlage der Reichspolitik in großen Umrissen ein Bild zu entwerfen, dann auch in kurzen Worten einzugehen auf die militärische Lage und die Friedensfrage.

Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der benachbarten, verbündeten, befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende, mutige und tatkräftige Minister des Aeußern Graf Czernin aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, seiner stets bundesfreundlichen Tätigkeit am Ballplatz zu gedenken. Wenn uns etwas mit dem Scheiden dieses Ministers hat aussöhnen können, so war es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährter Diplomaten, dessen treue Freundschaft, dessen Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allem Zweifel erhaben feststand. Die enge, persönliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit, welche mit dem Grafen Czernin bestanden hatte, und welche bei der Lösung der Ostfragen so wesentlich zum Gesamterfolge und zur enge-

ren Knüpfung der diplomatischen Bande zwischen den beiden Zentralmächten beigetragen hatte, hat sich auch unter dem Grafen Burian sofort hergestellt.

Es ist mit das Verdienst des Grafen Burian, daß die Kaiserentrevue im Großen Hauptquartier stattgefunden hat, welche die Geschichte als bedeutungsvoll für die Gestaltung der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen buchen wird. Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise in Gegenwart ihrer leitenden Staatsmänner aufs neue versichert, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue halten wollen, sondern auch gesonnen seien, dasselbe zu verstärken, zu erweitern und zu vertiefen nach der politischen, nach der militärischen und nach der wirtschaftlichen Seite hin.

(Bravo!)

Dieser Willensmeinung der beiden hohen Herren folgend, sind die verantwortlichen Staatsmänner sofort in entsprechende Verhandlungen eingetreten. Graf Burian hat bei seinem Besuche in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Herrn Reichskanzler die Grundfragen erörtert. Der Gedankenaustausch wird schriftlich weitergeführt und dürfte demnächst auch bei einem Gegenbesuch des Herrn Reichskanzlers in Wien seine Fortsetzung finden.

Wenn ich von Oesterreich-Ungarn auf Bulgarien übergehen darf, so hat auch mit diesem Staate, der in schwerer Zeit an unsere Seite getreten ist, der Verlauf der bisherigen Ereignisse, insbesondere der Verlauf der Friedensverhandlungen, es erleichtert, die intimen persönlichen und politischen Bande immer enger zu knüpfen. Es ist für uns alle — und ich bin sicher, diese Empfindung wird in der deutschen Oeffentlichkeit geteilt — ein Gegenstand des Bedauerns gewesen, daß der hochverehrte Altmeyer der bulgarischen Politik Radoslawow, der immer eine Säule unseres Bündnisses gewesen ist, aus innerpolitischen Gründen in den letzten Tagen das Ministerium in die Hände des Königs zurückgelegt hat. Die bündigen Versicherungen seines Nachfolgers, die permanenten Interessen des bulgarischen Volkes und die erhabene Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der die bulgarische Krone

trägt, sind für uns die sicherste Gewähr, daß ein solcher Personenwechsel im Ministerium nicht im geringsten einen Wechsel der bisher befolgten Politik bedeutet.

(Beifall.)

Daß der rumänische Friedensvertrag in dem Kondominium der Norddobrudscha eine ungelöste Frage hinterlassen hat, ist bereits vor wenigen Tagen hier im Plenum Gegenstand eingehender Beratungen gewesen. Ich darf mich auf meine damals gemachten Ausführungen beziehen.

In der Türkei sind innere Veränderungen während der Zeit, auf welche sich meine Uebersicht erstreckt, nicht vor sich gegangen. Dort stehen die bewährten Staatsmänner, der Großwesir Talaat Pascha und der Vizegeneralissimus der Armee und Kriegsminister Enver Pascha, auf ihren Posten, die sie während dieses Krieges so wirksam und so ruhmreich ausgefüllt haben. Es ergeben sich selbstverständlich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes einzelne Fragen, welche die diplomatische Aufmerksamkeit der beiden Staaten in hohem Maße in Anspruch nehmen. Dazu gehört die Lösung der erwähnten Dobrudschafrage, die befriedigende Durchführung der Regelungen an der Maritzagrenze; dazu gehören auch Fragen, die auf einem Gebiet liegen, das ich mir später zu streifen erlauben werde, im Kaukasus. Nirgends, auch dort nicht, besteht irgendwie ein ernster Interessengegensatz zwischen uns und unseren treuen türkischen Verbündeten. Die gegenseitige herzliche Freundschaft sowohl der Völker als der leitenden Staatsmänner ist eine Bürgschaft dafür, daß alle diese Fragen eine für die Interessen beider Teile befriedigende Regelung finden werden. In den allernächsten Tagen schon, hoffe ich, wird in Konstantinopel eine Konferenz zusammentreten, in welcher zwischen den Verbündeten und den kaukasischen Völkern die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen einer Lösung entgegengeführt werden.

Auf die rumänischen Angelegenheiten in meiner heutigen Uebersicht einzugehen, besteht, glaube ich, keine Veranlassung. Sie beschäftigen die Aufmerksamkeit dieses hohen Hauses in einer besonderen Beratung.

In allergrößtem Maße ist die Aufmerksamkeit unserer Diplomatie in der letzten Zeit durch die Vorgänge in Rußland gefesselt worden. Wie ich mir an anderer Stelle früher einmal auszuführen erlaubt habe, sind zuerst durch Gärungsstoffe nationaler Natur, dann durch Gärungsstoffe sozialer Natur, welche zu den ersten hinzutreten, im Innern des russischen Kolosses revolutionäre Erscheinungen von einer Gewalt und einem Umfang aufgetreten, wie sie die Weltgeschichte vorher noch kaum gesehen hat. Es ist unmöglich, zu glauben, daß dieser gewaltige Gärungsprozeß, diese regellos in wildem Wirbel einander widerstreitenden Kräfte, welche das Verschwinden der Zarenmacht dort ausgelöst hat, jetzt schon zu einem dauernden Gleichgewicht gekommen sind. Alle Verhältnisse im ehemaligen Zarenreich müssen bis zu einem gewissen Grade heute noch als unsicher bezeichnet werden, und diesem Zustande gegenüber ist für unsere Politik der Leitstern: scharfe Beobachtung, äußerste Vorsicht und, soweit es sich um rein innere russische Vorgänge handelt, auch entsprechende weise Zurückhaltung. Die Wirkungen der nationalen Gärungsstoffe im russischen Staatskörper haben zu einer Absonderung und Ausscheidung einer ganzen Reihe von Gebilden geführt, welche teils schon zur vollendeten Staatlichkeit durchgedrungen sind, teils noch in der Entwicklung zu solcher sich befinden.

Wenn ich, die Uebersicht im Norden beginnend, von Finnland sprechen darf, so ist dort der Kampf zugunsten derjenigen Partei beendet worden, welche Finnlands Selbständigkeit erstrebt. Der finnländische Boden ist von den Roten Garden gereinigt, und alles deutet darauf hin, daß Finnland im Begriff steht, die hohe Kultur, welche ihm eigen ist, auch in Form eines selbständigen Staates weiter zu entwickeln. Deutsche Truppen haben, wie Ihnen bekannt ist, an den Kämpfen in Finnland auf Bitten der finnischen Regierung teilgenommen und haben, wenn sie auch an Zahl nicht stark waren, zweifellos ihr Teil dazu beigetragen, die Dinge dort zu gestalten, wie sie geworden sind. Wir haben mit der finnischen Regierung gewisse Verträge abgeschlossen, welche der Oeffentlichkeit zugäng-

lich gemacht worden sind, und hoffen und wünschen, daß der neue Staat der inneren Festigung und gedeihlichen Entwicklung entgegengeht.

(Bravo!)

Auf der anderen Seite der Ostsee liegen diejenigen Provinzen, in denen alte deutsche Kultur seit den Tagen der Ordensritter trotz aller Versuche der russischen Regierung, sie zurückzudrängen oder zu unterdrücken, eine führende Rolle gespielt hat. Durch den Friedensvertrag von Brest Litowsk sind Kurland und Litauen bereits aus dem Verband des russischen Reichs tatsächlich ausgeschieden gewesen. Es war von vornherein auch den Unterhändlern klar, daß die Zerreißung des Baltikums durch die im Friedensvertrag vorgesehene Linie eine außerordentlich schwierige Situation schaffen mußte. Für die lettische Bevölkerung war die Zerschneidung eine schwer zu ertragende Perspektive, und auch die inneren historischen Zusammenhänge des ganzen Baltikums ließen schon damals gegen die Möglichkeit einer dauernden Trennung zwischen Livland, Estland und Kurland Bedenken auftauchen. Aber gerade die Verhältnisse, die sich aus einer so schwierigen Lage ergaben, wie sie durch die vollkommene Auflösung des russischen Staates geschaffen war, wie sie andererseits für uns entstanden war durch den Wunsch und die Notwendigkeit, im Osten zu einem gewissen Abschluß zu gelangen, bedingten für uns die Notwendigkeit, den Frieden so zu schließen, wie er geschlossen worden und Ihnen, meine Herren, vorgelegt worden ist. In Uebereinstimmung mit, kann ich sagen, der gesamten deutschen öffentlichen Meinung haben wir uns entschlossen, den Hilferufen der Provinzen Estland und Livland zu folgen und das Schreckensregiment, das dort von den Roten geübt worden war, durch ein Regiment der Ordnung und der Ruhe zu ersetzen. Die Bewohner dieser Provinzen, eingedenk der Mißregierung und der entsetzlichen Leiden, welche sie hatten erdulden müssen, haben sich an die leitenden deutschen Stellen gewandt. Die Petition der Est- und Livländer und die von dem Reichskanzler darauf erteilte Antwort sind publici juris. Die Reichsregierung

hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß es im hohen Grade erwünscht ist, vor endgültiger diplomatischer Anerkennung staatlicher Gebilde, die sich vom Körper des ehemaligen russischen Reichs losgelöst haben, mit der russischen Regierung der Sowjets in Moskau in einen eingehenden Gedankenaustausch darüber einzutreten, ob und unter welchen Modalitäten die Anerkennung solcher staatlichen Neubildungen erfolgen könnte. Auch im vorliegenden Fall wird von dieser Richtlinie nicht abgewichen werden.

Abgesehen von dieser Frage haben die Verhältnisse und Vorgänge in Rußland für eine lange Reihe von anderen Fragen die Notwendigkeit ergeben, mit der Sowjet-Regierung in Moskau uns auseinanderzusetzen. Der Schriftwechsel ist teilweise in der Presse beider Länder publiziert worden, und wir stehen im Begriff, mit bevollmächtigten Vertretern der russischen Republik in einer unter meinem Vorsitz in Berlin abzuhaltenen Besprechung den Versuch zu machen, über alle noch schwebenden Punkte eine freundschaftliche Einigung herbeizuführen.

Zu den zu behandelnden Punkten gehört auch die Frage nach den Modalitäten der staatlichen Anerkennung von seiten Deutschlands für Estland und Livland, und ich kann der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Ergebnis dieser Besprechung den Bedürfnissen und Wünschen der dortigen Bevölkerung und den Interessen des Deutschen Reichs voll entsprechen wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Auf die hauptsächlich auf dem Gebiete der inneren Organisation liegenden Fragen nach der zukünftigen Gestaltung Kurlands und Litauens will ich nicht näher eingehen, da diese Fragen in vieler Beziehung auch in den Bereich der inneren Ressorts hinübergreifen. Dies hat dadurch Ausdruck gefunden, daß beim Reichsamt des Innern ein besonderer Kaiserlicher Kommissar ernannt worden ist, dem die Behandlung der Ostfragen und insbesondere dieser organisatorischen Zukunftsfragen als spezielle Aufgabe zugewiesen worden ist.

Wende ich mich zu Polen, so hat die Gestaltung seines

zukünftigen Schicksals, seit ich die Ehre habe, dem Auswärtigen Amte vorzustehen, den Gegenstand ständiger eingehender Verhandlungen hauptsächlich mit Oesterreich-Ungarn gebildet, und auch bei unseren Besprechungen, sowohl im Großen Hauptquartier als in Berlin, ist die zukünftige Gestaltung der polnischen Frage, welche zugleich für die zukünftige Gestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses von größter Wichtigkeit ist, Gegenstand eingehender gegenseitiger Aussprache gewesen. Nicht nur die der Frage selbst innenwohnende große Schwierigkeit, sondern der fast unlösliche Zusammenhang, in dem diese Frage mit der Lösung der wirtschaftlichen Fragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland steht, haben es bisher verhindert, zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen. Ich glaube aber der sicheren Hoffnung Worte verleihen zu dürfen, daß es rechtzeitig, das heißt, noch bevor die allgemeinen Friedensverhandlungen in Europa beginnen, dem eifrigen Bemühen der beteiligten Staatsmänner gelingen wird, in dieser Frage eine allen Teilen annehmbare Lösung zu finden.

Im Süden Rußlands hat die Besetzung der Krim zu gewissen, die russische Flotte betreffenden Zwischenfällen Anlaß gegeben, welche zum Teil in der Presse ihr Echo gefunden haben, welche aber jetzt in befriedigender Weise beigelegt worden sind. Eine ganze Reihe von Problemen hat das Verschwinden der zarischen Regierung im Kaukasus entstehen lassen. Dort ist der bei weitem am meisten national konsolidierte Staat Georgien von Anfang an bestrebt gewesen, nach dem Verschwinden der russischen Oberherrschaft sein nationales Leben neu aufzubauen und selbständig fortzuführen. An Georgien schlossen sich verhältnismäßig neue und wesentlich weniger gefestigte Bildungen an, indem Armenien den Versuch staatlicher Selbständigkeit unternahm, und auch die Tataren, die im östlichen Kaukasusgebiete bis gegen Baku hinauf das vorwiegende Bevölkerungselement bilden, schlossen sich zu einem Staate Tatarien zusammen. Diese drei Staaten hinwiederum suchen sich in der Form einer transkaukasischen Republik zu vereinigen und dadurch ihre innere staat-

liche Festigung und ihre Widerstandskraft nach außen zu erhöhen.

Die Türkei, welche im Friedensvertrag von Brest Litowsk die Kreise wieder zugesprochen erhalten hatte, welche sie im Jahre 1878 an die Russen verloren hatte, hat sich in allerneuester Zeit durch die Entwicklung der strategischen Verhältnisse im oberen Mesopotamien gezwungen gesehen, die Bahn Batum-Täbris-Dschulfa zu benutzen, um eine Etappenlinie quer durch das nördliche Aserbeidschan nach dem Tigristale zu legen. Bei dem Vormarsch aus den ihr nach dem Brest Litowsker Frieden zustehenden Gebieten hat die türkische Armee, wie uns die türkische Oberste Heeresleitung mitgeteilt hat, aus Sicherungsgründen den linken Flügel der vormarschierenden Truppen ziemlich weit in Gebiete hinein vorgeschoben, welche zweifellos nach dem Brest Litowsker Vertrag für eine dauernde Okkupation beziehungsweise Annexion für die Türkei nicht in Frage kommen konnten. Die beiden Obersten Heeresleitungen haben sich in diesen Fragen eingehend ausgesprochen. Der türkische Vormarsch nach Kaukasien hinein ist, wie uns mitgeteilt wird, eingestellt, und die Bedingungen der künftigen Regelung der kaukasischen Angelegenheiten werden, wie ich mir vorhin anzudeuten erlaubte, auf der Konferenz in Konstantinopel ihre Regelung finden.

Der Staat Georgien, mit dem wir in freundschaftliche Beziehungen getreten sind, den wir durch diplomatischen Notenwechsel als de facto bestehend anerkannt haben — für seine juristisch-diplomatische Anerkennung gelten dieselben Grundregeln, welche ich mir vorhin zu skizzieren erlaubte —, hat uns hierher nach Berlin seinen Minister des Auswärtigen entsandt, mit dem wir in freundschaftlichem Gedankenauftausch stehen. Wir unsererseits haben, um in die Verhältnisse Georgiens selbst und in die stark verworrenen Verhältnisse Kaukasiens überhaupt einen befriedigenden Einblick zu bekommen, den General von Kreß in diplomatischer Mission nach Tiflis entsandt. Wir wünschen dem georgischen Staate, seinem tapferen Volke, dem reichen Lande eine gedeihliche Zukunft

(lebhaftes Bravo)

und werden, was an uns liegt, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Georgien und Deutschland auszubauen, gern und mit Freuden tun.

(Bravo!)

Die Lösung der Ostprobleme, die sich aus den drei aufeinanderfolgenden Friedensschlüssen ergaben, hat die Wichtigkeit der Ostsee, welche vor diesem Kriege häufig übersehen worden war, stark in den Vordergrund gestellt und eine der Ostseefragen, die schon früher eine internationale Regelung als notwendig erscheinen ließ, nämlich der Frage der Alandsinseln, erneut in den Vordergrund geschoben. Für diese Frage gilt, was für unser gesamtes Verhalten gegenüber Finnland, und Schweden, kurz, gegenüber den Anliegern der Ostsee überhaupt, daß wir in freundschaftlichem, engem Einvernehmen mit ihnen die Einzelfragen, die auftauchen können, behandeln wollen. Einstweilen hat eine diplomatische Einigung darüber stattgefunden, daß die vertragswidrig auf den Alandinseln errichteten Befestigungen beseitigt werden sollen. Ueber die Zukunft dieser Inseln ist Endgültiges noch nicht beschlossen; wir hoffen und wünschen aber, daß diese wichtige Frage so geregelt wird, daß das Maximum von Gewähr gegeben werden kann, daß ihre Nichtverwendung zu Militärzwecken für alle Zukunft gesichert bleibt, zum Wohle aller Anlieger der Ostsee.

Dänemark, Holland und die Schweiz — wenn ich zunächst von diesen drei uns direkt benachbarten neutralen Staaten reden darf — haben alle drei den festen Willen und die unabirrbare Entschlossenheit bekundet, den beiden großen kriegführenden Gruppen gegenüber an ihrer Neutralität festzuhalten, und alle drei Staaten haben darüber hinaus in menschenfreundlicher und hochherziger Weise alle Bestrebungen unterstützt, die Leiden der Verwundeten und Kriegsgefangenen zu lindern und auch den Besprechungen zwischen den Kriegführenden, welche allenfalls stattfinden, ihre Länder gastfreudlich zur Verfügung zu stellen.

(Bravo! im Zentrum und links.)

So tagt nach dem Vorbilde der in der Schweiz zum

glücklichen Abschluß gelangten Gefangenkonferenz zwischen Deutschland und Frankreich augenblicklich im Haag eine Konferenz zwischen Vertretern Deutschlands und Englands über einen weitgehenden Austausch von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Der Verlauf der bisherigen Besprechungen berechtigt zu der Hoffnung, daß dieses große Werk der Menschenliebe gelingen möge; ein Ergebnis hat es schon gehabt, das meiner Ansicht nach von ganz überwiegender Bedeutung ist. Es ist uns gelungen, den verabscheugewürdigen Gedanken der Deportation der Chinadeutschen bereits aus der Welt zu schaffen.

(Allseitiger Beifall.)

Auch Spanien hat in der striktesten Weise an seiner Neutralität festgehalten; nicht nur die Königliche Regierung, sondern auch Seine Majestät der König haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, in humanitären und allgemeinen Fragen die Stimme zu erheben. Irgend welche Befürchtungen, daß sich in der strengen Beobachtung der spanischen Neutralität etwas ändern könnte, scheinen zurzeit keineswegs berechtigt.

In Amerika sind einige kleine Staaten unter dem stets sich steigernden Druck der Union auf die Seite unserer Feinde getreten; aber irgendwelche wesentlichen Verschiebungen des Status sind nicht eingetreten, und ich möchte die Politik der Reichsleitung, wie ich dies bei Uebernahme meines Amtes getan habe, dahin charakterisieren, daß wir alles in unserer Macht Liegende zu tun beabsichtigen, um den Eintritt weiterer neutraler Staaten in den Verband unserer Feinde unmöglich zu machen.

Wenn ich nach dieser Uebersicht über die politische Lage auf Seiten der Verbündeten und Neutralen mich nunmehr ganz kurz zur militärischen Lage wenden darf — zu unseren Gegnern sind die Beziehungen einstweilen rein militärischer Natur —, so ist ja der glänzende Verlauf der Operationen in Frankreich bekannt, bei welchen unser Heer unter der genialen Führung, welche Gott uns gegeben hat, von Sieg zu Sieg geschritten ist. Die Lage ist derartig, daß die Initiative vollkommen bei der deut-

schen Obersten Heeresleitung ruht, und daß wir hoffen können, der Sommer und der Herbst werden unseren Waffen neue große Erfolge bringen.

Auch die österreichisch-ungarische Armee hat in frischem Anlauf die italienischen Stellungen angegriffen, nennenswerte Erfolge errungen und große, wichtige Kräfte der verbündeten Feinde an ihrer Front gefesselt.

Der längste Tag des vierten Kriegsjahres ist vorüber, und gerade wenn man von weiter Warte aus die Ereignisse überblickt, muß man sich fragen: wird der Krieg nach menschlichem Ermessen noch über den Herbst und Winter über das nächste Jahr hinaus dauern?

(Bewegung.)

Vielfach herrscht in unserer Oeffentlichkeit die Meinung, daß die Länge des Krieges ein absolutes Novum bedeute, als habe man an maßgebender Stelle mit einem sehr langen Kriege in der Neuzeit überhaupt niemals gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen Geringeren, als den Feldmarschall Grafen v. Moltke, der hier in diesem hohen Hause am 14. Mai 1890 ausgeführt hat:

Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als 10 Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, — wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!

Die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit, in der der Altmeister deutscher Strategie diese Aeußerung machte,

nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Rüstungen weiter ungeheuerlich gesteigert haben, und daß nicht nur, wie es damals wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern daß auch große überseeische Mächte, wie Japan und Amerika, in den Kampf eingetreten sind. Mit Sicherheit irgendeinen Augenblick ins Auge zu fassen, zu welchem man sagen könnte: um diese Zeit muß dieser Krieg zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich. Das Auge muß nach den politischen Motiven ausspähen, welche eventuell Friedensmöglichkeiten eröffnen könnten, und nach dieser Richtung hin muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf Seiten unserer Gegner Friedenswilligkeit, an maßgeblichen Stellen Friedensbereitschaft noch nirgends klar erkennbar hervorgetreten sind. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breiteste Oeffentlichkeit bestimmt waren, ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner aufzuweisen, was sich einigermaßen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Papstnote in eine Reihe stellen könnte,

(sehr richtig! im Zentrum und links)

und die Aeußerungen unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Oeffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen friedlichen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen.

Mr. Balfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Oeffentlichkeit beachtete Rede gehalten, auf die ich mit einigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur in einem telegraphischen Auszug vorliegt. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Weltherrschaft erringen, und

ich glaube nicht, daß irgendein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser oder die Kaiserliche Regierung, auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, sie könnten durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Weltherrschaft gewinnen. Der Gedanke der Weltherrschaft in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche dieselbe verwirklichen wollte, würde sich, wie es Frankreich an der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in einem nutzlosen Kampfe verbluten und in ihrer Entwicklung auf das schwerste geschädigt und zurückgeschraubt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Dieser Krieg — und man kann das eben zitierte Moltkesehe Wort darauf anwenden: Wehe dem, der Europa in Brand steckt! — zeichnet sich deutlicher und deutlicher ab als das Werk Rußlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der russischen leitenden Kreise vor der Revolution, welche die unhaltbaren Verhältnisse im Lande näher und näher rückte. Ich glaube, das kann jeder sagen, ohne Angst, von dem Ergebnis weiterer Enthüllungen und Forschungen dementiert zu werden, daß je tiefer wir in die Vorgeschichte des Krieges eindringen, desto klarer sich ergeben wird, daß die Macht, die den Krieg geplant und gewollt hat, Rußland gewesen ist. Daß Frankreich als Kriegshetzer dabei aufs schlimmste mitgespielt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung in den Tagen vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen stärken und entfesseln mußte, dafür gibt es Beweise genug in den bereits publizierten Aktenstücken.

So viel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln, und hat vor allen Dingen nie einen Augenblick daran gedacht, dieser Krieg könne auch nur zu einer Herrschaft über Europa, geschweige denn zu einer Weltherrschaft führen: im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben,

wesentliche Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Osten und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in zufriedenstellender Weise verwirklichen zu können. Also wohl in keinem Augenblick unserer neueren Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln oder zur Entfesselung beizutragen, als zu dem Zeitpunkt, wo er eintrat.

Ich halte es aber für nützlich und notwendig, nicht nur auf der Negation zu verharren, nicht nur zu sagen, daß die Balfoursche Behauptung ein Hirngespinst, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, ganz einfach und leicht für alle verständlich zu sagen, was wir positiv wollen: wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten — innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, sicher, frei, stark und unabhängig leben, wir wollen über See den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichtum und unseren bewiesenen kolonialen Fähigkeiten entspricht, wir wollen die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel und unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen.

(Bravo! im Zentrum und links.)

Das sind mit wenigen kurzen, allgemein verständlichen Worten in ganz groben Umrissen die Ziele, deren Erringung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Ich habe die Ehre gehabt, bei einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unversehrtheit des Grundgebiets des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich: Voraussetzung — für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe damals mir auszusprechen erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Gegenstand der Einigung sein könnten, und, ich glaube, so steht die Sache auch noch heute. Es wird uns von englischer Seite immer

wieder der Vorwurf gemacht, daß wir in der belgischen Frage auf englische Anzapfung hin nicht bereit seien, in öffentlicher Erklärung Stellung zu nehmen. In diesem Punkte unterscheiden sich auch die grundsätzlichen Anschaubungen der Kaiserlichen Regierung von denen, welche die englischen Staatsmänner uns zumuten. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamtkomplex der Fragen: wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorleistung Erklärungen abzugeben, welche uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzulegen.

(Sehr richtig!)

Uebrigens hat Mr. Balfour vorsichtigerweise schon hinzugefügt, wir sollten keineswegs glauben, daß die Einigung über die belgische Frage den Schatz der englischen bzw. ententistischen Wünsche schon erschöpft. Er hat sich wohlweislich gehütet, die Punkte zu bezeichnen, an denen er weitergehende Ansprüche oder Wünsche anzumelden vorhat. Nach den früheren Erfahrungen ist die Vermutung nicht unberechtigt, daß diese Worte einsteils an die Adresse Paris gesprochen waren, und daß andererseits begehrliche Absichten über das Mittelmeer hin nach den augenblicklich von englischen Truppen besetzten Teilen Palästinas und Mesopotamiens schweiften. Ich höre schon heute die Begründung, die seinerzeit für solche Wünsche gegeben werden wird: daß England doch unmöglich die großen Opfer an Gut und Blut gebracht haben könne, ohne auch für sich selbst einen bescheidenen Gewinn bewahren zu dürfen.

Was nun den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse betrifft, so ist es früher vom Herrn Reichskanzler und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung weitreichende Fortschritte auf dem Wege zum Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von Rednertribünen aus zurufen, kaum mehr zu erwarten sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir können auch unsererseits genau die Worte uns zu eigen machen, die Mr. Asquith am 16. Mai gesprochen

hat, wenn wir für „die britische Regierung“ „die Kaiserliche Regierung“ setzen:

Die Kaiserliche Regierung hat die Türe nicht für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an uns gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungewissen schwiebt, sondern auf festen Grundlagen ruht, dann wird man — dessen bin ich sicher — mit einem solchen Vorschlage bei unserer Regierung nicht an das Ohr eines Tauben klopfen. Möge dies deutlich sein!

Wir können unserseits dieselbe Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß sie unsere Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit fasse. Solange jede Eröffnung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unterstellung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.

(Sehr richtig! links. — Hört! hört!)

Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Ver-

fügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith es von uns erwartet, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen.

(Lebhaftes Bravo.)